Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 55 (1975-1976)
Heft: 10

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

BUNDESREPUBLIK: AN DER SCHWELLE EINES WAHLJAHRES

An der Schwelle des neuen, für die Bundesrepublik Deutschland wichtigen Wahljahres stehen sich in unserem nördlichen Nachbarland zwei politische Blöcke gegenüber, die um die Führung im Staat kämpfen. Dabei ist der Block der Koalition aus Sozialdemokraten (SPD) und Freien Demokraten (FDP) zurzeit mindestens so fest gefügt wie der Block der Unionsparteien aus Christlich-Demokratischer (CDU) und Christlich-Sozialer Union (CSU). Die an sich bürgerliche FDP hat sich im Bund und in sämtlichen Bundesländern, in denen eine Koalition notwendig geworden ist, gegen die stärkere CDU mit der schwächeren SPD zu einem Regierungsbündnis verbunden. Die CDU regiert nur dort, wo sie die absolute Mehrheit zu erreichen vermochte und im Saarland, wo sie genau die Hälfte der 50 Sitze innehat. Im Gegensatz zu jenen Zeiten, in denen die FDP in Bonn ein Bündnis mit der CDU Adenauers und Erhards eingegangen war, aber in den Bundesländern zugleich Koalitionen mit der SPD bildete, schaltet sie heute, wo immer möglich, alles nach dem Bonner sozialliberalen Muster gleich: eine Verbindung mit den Christlichen Demokraten kommt zurzeit nicht in Frage.

Keine Kursänderung der FDP

Ein Schlaglicht auf die Position der kleinen, aber die politische Landschaft in der Bundesrepublik so entscheidend mitprägenden FDP warf im vergangenen Oktober der Rücktritt von Generalsekretär *Martin Bangemann*. Bangemann hatte mit allzu eigenwilligen Äusserungen in bezug auf die Koalitionsfrage den Unwillen eines grossen Teils der FDP-Basis und ihres Chefs, Hans-Dietrich Genscher, erzeugt. Der FDP-Generalsekretär und Vorsitzende seiner Partei in Baden-Württemberg tat nämlich mehrmals und ganz offensichtlich im Alleingang seine Überzeugung kund, die Freien Demokraten sollten sich vor den baden-württembergischen Landtagswahlen vom 4. April nicht auf eine Koalition festlegen. Bangemann war der Meinung, dass die Partei langsam von der einseitigen Bindung an die SPD gelöst und nach beiden Seiten hin offengehalten werden sollte. Ihm schwebte ein Wahlkampf vor, in dem die FDP als Alternative zu den beiden grossen Parteien und ohne Seitenblick auf einen bereits auserwählten Partner kämpft, um so vom Bürger aufgrund ihrer eigenen Aussagen als eigenständige Kraft gewählt zu werden. Erst angesichts des Wahlresultates sollte dann der Koalitionspartner gesucht werden, mit dem die eigenen Vorstellungen am ehesten durchzusetzen wären. Bangemann hatte sich zu diesem Thema mehrmals in einer Weise geäussert, dass der Eindruck entstehen konnte, er wolle möglicherweise die Partei auch vor den Bundestagswahlen nicht mit einer bindenden Aussage in die Auseinanderset-

zung schicken. Aber weder seine Parteifreunde in Baden-Württemberg noch in Bonn folgten ihm. Hier wie dort wurde klargemacht, dass die FDP vor den Wahlen eine klare Aussage zur Koalition machen werde. Bangemann war isoliert und musste als Generalsekretär den Hut nehmen.

Während in Baden-Württemberg fast alles dafür spricht, dass die FDP der dort relativ schwachen SPD zuneigt, fiel die Absage an die CDU/CSU in Hinblick auf die Bundestagswahlen bereits überdeutlich aus. Auf dem Mainzer Parteitag der FDP liess der Vorsitzende, *Hans-Dietrich Genscher*, keinen Zweifel daran aufkommen, dass der Favorit für ein neues Bonner Regierungsbündnis nach 1976 auch weiterhin die SPD bleibt. Der FDP-Fraktionschef im Deutschen Bundestag, Wolfgang Mischnick, erklärte dazu: solange die CDU/CSU «aussenpolitisch Isolationspolitik und innenpolitisch Obstruktionspolitik» betreibe, stelle sie sich selbst ins koalitionspolitische Abseits. Wörtlich stellte er fest: «Solange die Opposition nicht die Kraft hat, sich aus diesem selbstgewählten Abstellraum zu bewegen, meldet sie sich als Gesprächspartner für gemeinsames politisches Handeln ab.» Vor allem die klare Sprache des noch vor einem Jahr gewisser CDU-Neigungen verdächtigten Vorsitzenden Genscher konnte erstaunen. Und was die Argumente Wolfgang Mischnicks angeht, so mag – was er zur Bonner Situation sagte – zwar einleuchten, aber diese Argumente lassen unerklärt, weshalb sich die FDP auch auf Landesebene so einseitig bindet, obwohl die Gemeinsamkeiten mit der CDU dort oft grösser sind als mit der SPD. Das entscheidende Motiv für das Festhalten an der sozialliberalen Koalition liegt denn auch hauptsächlich in der fast panischen Angst der FDP, erneut das Etikett des «Umfallers», also des unzuverlässigen Bündnispartners angehängt zu bekommen. Diesen Vorwurf, der die FDP wie ein Trauma belastet, seit sie Anfang der sechziger Jahre Konrad Adenauer zunächst eine Absage erteilte, um danach mit ihm doch noch einmal eine Koalition einzugehen, diesen Vorwurf will die Partei nie wieder auf sich laden. Darum die Erklärung des FDP-Vorsitzenden am Mainzer Parteitag, auf die Freien Demokraten müsse man sich verlassen können, und wem sie das Wort gäben, den würden sie nicht enttäuschen.

Martin Bangemann hat im Urteil etlicher Anhänger der FDP mit seiner These vom «Offensein nach beiden Seiten» möglicherweise das Richtige, dies aber sicher im falschen Zeitpunkt gesagt. Die Partei fühlt sich noch nicht stark genug, um erneut eine Schwenkung zu vollziehen und mit ihr all die Risiken einzugehen, die ein «renversement des alliances» mit sich brächte. Auch wenn zurzeit bei den Liberalen grosse Zuversicht herrscht, dass ihnen die kommenden Wahlen ein wesentlich besseres Resultat bringen werden als die vergangenen – man hofft auf über 10% –, wissen die führenden Politiker doch genau, dass diese Stimmen nicht als absolut gesicherter FDP-Bestand betrachtet werden können. Lediglich 5% der Wahlberechtigten in der Bundesrepublik können als Stammwähler der Freien Demokraten bezeichnet werden, eine Zahl also, die sich gefährlich um das Existenzminimum der Sperrklausel (5%) bewegt. Der Rest, der den Liberalen zukommt, stammt aus dem immer grösser werdenden Reservoir der Wechselwähler. Ein Teil der Bürger wählt

FDP, weil er die sozialliberale Koalition unter dem inzwischen in weiten Kreisen akzeptierten Kanzler Helmut Schmidt erhalten möchte. Diese meist durchaus bürgerlichen Wähler vermag die Alternative Kohl/Strauss nicht zu überzeugen, sie wünschen sich aber auch keine absolute Mehrheit der Sozialdemokraten, sondern den pragmatisch-antiideologischen Helmut Schmidt, den die FDP vor dem Übermut seiner eigenen Parteigenossen schützen soll. Es sind jene Bürger, die Willy Brandt die «sozialliberalen Wähler» nennt.

Die Stärke der FDP ist immer auch eine Funktion der Schwäche der beiden grossen Parteien. Und weil das Erscheinungsbild sowohl der SPD als auch der CDU/CSU – wie die vergangenen Jahre deutlich machten – starken Schwankungen unterworfen ist, bleibt auch der Rückhalt, den die FDP in der Öffentlichkeit findet, unstabil. In Erkenntnis dieser Tatsache versuchen die Freien Demokraten darum seit dem Mainzer Parteitag zu unterstreichen, dass allein sie «die Liberalen» im Lande seien. Der Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher möchte die FDP deutlicher als Programmpartei ausweisen und ihre Stammwählerschaft auf diese Weise ausweiten. Erst wenn dies gelungen sei, könne man auch koalitionspolitisch viel selbstbewusster auftreten, heisst es in Kreisen der Freien Demokraten.

SPD: Auf die Koalition angewiesen

Die Sozialdemokraten ihrerseits haben erkannt, dass sie bis auf weiteres auf Gedeih und Verderb auf die Freien Demokraten als Bündnispartner angewiesen sind. Auf eine absolute Mehrheit, wie noch vor wenigen Jahren, wagt in ihren Reihen zurzeit niemand zu hoffen. Jetzt geht es darum, den Koalitionspartner an der Seite zu behalten, denn nur wenn dies gelingt, kann *Helmut Schmidt* Kanzler bleiben. Herbert Wehner hat das klar erkannt und es im November den über vierhundert Delegierten des Mannheimer Parteitages ins Stammbuch geschrieben, als er erklärte: die SPD müsste, sollte sie «vom Spielfeld gejagt» werden, für lange Zeit auf der «Zuschauertribüne» verweilen. Weil diese Schlussfolgerung des «Zuchtmeisters» Wehner den Vertretern aller Flügel einleuchtete, gelang in Mannheim unter dem «heilsamen Zwang» des bevorstehenden Wahljahres eine selten dagewesene Demonstration der Geschlossenheit und Solidarität. Ungeachtet der scharfen Gegensätze, die innerhalb der SPD nach wie vor bestehen, ungeachtet der Tatsache, dass diese Partei nicht nur Reformer, sondern auch Systemveränderer in ihren Reihen weiss: angesichts der Alternative «Spielfeld» oder «Zuschauertribüne» entschieden sich Sozialdemokraten und Sozialisten für den aktiven Part im Staat. In die Opposition will sich die SPD nicht drängen lassen. Darum schloss sie die Reihen hinter dem immer noch viel umjubelten Parteichef *Willy Brandt* und hinter dem von den Linken nach wie vor ungeliebten Bundeskanzler Helmut Schmidt. Das Resultat bei den Wahlen zum Präsidium, das Brandt und Schmidt 407 Stimmen brachte, machte deutlich, dass die Gewichte zwischen den beiden Hauptexponenten der SPD gleichmässig verteilt werden sollten. Dem im Grunde stark nach links neigenden, ideologisch geprägten Willy Brandt ist im Wahlkampf die Aufgabe zugedacht, die Parteigenossen zu mobilisieren – und dies

mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln der Demagogie – Helmut Schmidt dagegen soll mit staatsmännischer Geste bis weit in die bürgerlichen Kreise hineingreifen, um die SPD gegenüber ihrem liberalen Koalitionspartner möglichst stark zu machen. Diesem Ziel opferten vor allem die Linken ihre Forderungen auf gesellschafts- und wirtschaftspolitischem Gebiet. Dem Kanzler der Koalition sollten – vorläufig wenigstens – keine Knebel zwischen die Beine geworfen werden. Lieber eine Pause auf dem Weg zum Sozialismus als ein totaler Machtverlust, der von einer allzu linkslastigen SPD – wenn nicht durch die Wähler, so über kurz oder lang doch durch eine Abwendung der FDP – erfolgen müsste.

Sollten die Wahlen im kommenden Herbst von der sozialliberalen Koalition gewonnen werden – was angesichts des sich abzeichnenden konjunkturellen Aufschwungs wahrscheinlich ist –, so würde das Regieren allerdings schwierig werden. Der Bestand an Gemeinsamkeiten ist zwischen SPD und FDP – auf wirtschaftpolitischem, gesellschaftspolitischem und auch auf aussenpolitischem Gebiet – viel geringer geworden als er zur Zeit von Brandt und Scheel war. Ob der Vorrat über die nächste Legislaturperiode bis 1980 ausreicht, um die beiden Partner aneinanderzubinden, vor allem wenn für die Koalition nur eine knappe Mehrheit herausschauen sollte, wird heute von vielen ernsthaft bezweifelt.

Die Opposition in Nöten

Der grosse Oppositionsblock aus CDU und CSU bot seit der mühsamen Ernennung von *Helmut Kohl* zum Kanzlerkandidaten immer wieder ein Bild der Zerrissenheit, das ihm sichtlich Schaden zufügte, den Regierungsparteien aber über etliche Schwierigkeiten hinweghalf. Die beiden Schwesterparteien waren über Monate hinweg mit sich selbst beschäftigt, statt kraftvoll die Regierung zu bekämpfen. So kam es, dass sie am Ende des Jahres einiges von dem Vertrauen, das sie in den vergangenen zwei Jahren beim Bürger ohne Zweifel gewonnen hatten, wieder verloren. Schon der Start Helmut Kohls als Kanzlerkandidat stand unter einem unguten Stern. Die CSU akzeptierte den Vorsitzenden der Schwesterpartei nur mit Vorbehalten. Sie liess wissen, dass Franz Josef Strauss eigentlich «die am besten geeignete Persönlichkeit zur Bestimmung und Gestaltung der Bundespolitik» wäre und stempelte damit Kohl zum zweitbesten Mann, den man aus Gründen der Gewichtsverteilung zwischen CDU und CSU eben in Kauf nehmen müsse. Die Solidarität, aus der die SPD im Ernstfall ihre Kraft zu schöpfen weiss – obwohl gerade an ihrer Spitze das Verhältnis zwischen Brandt und Wehner schwer gestört bleibt – ist den Unionsparteien in dieser imponierenden Weise fremd.

Vor allem *Franz Josef Strauss*, sicher einer der begabtesten Politiker der westdeutschen Szene, will es oft nicht gelingen, sich einmal gefassten gemeinsamen Entscheidungen zu beugen. Der unberechenbare, in der Verfolgung seiner Ziele oft schwer zu deutende und nicht immer geradlinig agierende Politiker trug wesentlich zum Bild der Zerrissenheit bei, das die Union über Monate hinweg bot. Die lange Diskussion um die vierte Bundespartei, das heisst: die mögliche Ausdehnung der CSU über die Grenzen Bayerns hinaus,

brachte heftige Unruhe in die Reihen der Opposition und ihrer Anhänger. Aber auch der Streit des CSU-Chefs mit dem Generalsekretär der CDU, Kurt Biedenkopf, bei dem es in Zusammenhang mit der Frage nach der Aktualität des Ahlener Programms der Christlich-Demokratischen Union aus dem Jahre 1947 um den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Kurs der CDU/CSU ging, liess auf eine Kluft zwischen den beiden Schwesterparteien schliessen, die im Grundsätzlichen zu suchen ist. Dazu kamen Unsicherheiten des Kanzlerkandidaten Helmut Kohl: das lange Zögern bei der Entscheidung über die Polenverträge und das mehrfache Hinausschieben der Bekanntgabe der Führungsmannschaft beispielsweise, wobei hier wie dort der Eindruck entstehen musste, der Kanzlerkandidat stehe unter dem Diktat des mächtigen Bayern, er sei – um es mit dem starken Wort Helmut Schmidts zu sagen – «ein ferngesteuerter Zauderer». Unbezweifelbar ist, dass Franz Josef Strauss – bewusst oder unbewusst – den gemeinsamen Kanzlerkandidaten demontierte, der auf dem Wege der Diskussion zu einem Konsens zu kommen suchte und dabei die feste Hand vermissen liess. Vor allem in der Polenfrage, in der die CDU/CSU den Beschluss fasste, ein Nein in die Waagschale zu werfen, obwohl dadurch die Übersiedlung von 125000 deutschstämmigen Polen in die Bundesrepublik in Frage gestellt wurde, schien allein Franz Josef Strauss den Ton anzugeben. Er war es, der an sämtliche Bundestagsabgeordnete der Opposition einen Brief schrieb, worin er darlegte, warum dieser Vertrag, seiner Überzeugung nach, abgelehnt werden müsse. Erst nach diesem Schreiben erklärte auch Helmut Kohl, dass er ein Ja nicht empfehlen könne, weil die neuen Abmachungen schlecht ausgehandelt und die deutschen Interessen nicht in dem erforderlichen Masse berücksichtigt worden seien. Obwohl die Argumente der Opposition – die hier aus Platzgründen nicht dargelegt werden können – der Logik nicht entbehrten, wurde in weiten Teilen auch der oppositionsfreundlichen Öffentlichkeit nicht verstanden, dass die humanitären Aspekte letztlich nicht doch den Ausschlag für eine Zustimmung gaben. Gerhard Schröder und ein Dutzend andere Unions-Politiker jedenfalls konnten sich dem Nein ihrer Partei- und Fraktionsführung nicht anschliessen und wollten im Bundestag aus «humanitären Erwägungen» für die Verträge stimmen. Die CDU/CSU insgesamt aber verpasste die Chance, aus ihrer ostpolitischen Isolation auszubrechen.

Die Differenzen, die zwischen CDU und CSU zur Zerreissprobe zu werden drohten, wurden Mitte November, nach einer über vierstündigen Unterredung zwischen Kohl und Strauss, zu begraben versucht. Der Kanzlerkandidat gab bekannt, dass die CSU nicht die Absicht habe, sich bundesweit auszudehnen. Die beiden Parteivorsitzenden seien, so hiess es in einem gemeinsamen Communiqué, der Auffassung, «dass es für eine weitere politische Partei in der politischen Landschaft der Bundesrepublik keinen sinnvollen Platz gibt, wenn die beiden Unionsparteien in allen entscheidenden politischen Problembereichen die gleiche Auffassung geschlossen vertreten». Die Bedingung, die die Voraussetzung für diese Einheit ist, war damit so formuliert, dass eine Trennung von CDU und CSU dann wieder aktuell wird,

wenn die eine oder andere Seite in der Union wesentliche Meinungsverschiedenheiten zu erkennen glaubt. Eine eherne Vereinbarung war dies nicht. Franz Josef Strauss behielt den Hebel in der Hand. Und doch war diese Klarstellung notwendig, wenn das angeschlagene Image der Union wieder aufpoliert werden sollte. Für Helmut Kohl war dies die letzte Chance, seine Führungsqualität unter Beweis zu stellen, und für die CDU/CSU die letzte Gelegenheit, das in der Öffentlichkeit teilweise verlorene Vertrauen zurückzugewinnen. Die Aussichten, dies könne so weit gelingen, dass die heutige Opposition im Herbst die absolute Mehrheit gewinnt, bleiben zunächst allerdings gering.

Hermann Schlapp

AFRIKA: DURCH BILDUNG ZUM FORTSCHRITT...

Während europäische Kulturpessimisten das moderne, in der Aufklärung entstandene und in engem Zusammenhang mit den Bedürfnissen einer expandierenden Wirtschaft entwickelte Schulwesen scharfer Kritik unterziehen, seinen Un-Nutzen nachweisen und für Abschaffung plädieren, sind die Staaten Afrikas eben erst daran, eigene Erfahrungen zu sammeln. Als ehemalige Kolonien erbten sie am Tage ihrer Unabhängigkeit zusammen mit den Landesgrenzen, der Administration und der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom ehemaligen Mutterland auch die Institution der Schule.

Schule: Zentralthema der afrikanischen Literatur

Die junge afrikanische Literatur, die das koloniale Zeitalter vom eigenen Blickwinkel her spiegelt, räumt dem Problem der neuen Schule, die für den Kolonisierten weit mehr als blosse moderne Alternative zur Koranschule und den Initiationsriten bedeutete, einen gewichtigen Platz ein. Die Schriftsteller aus dem islamischen Kulturkreis betonen das grundsätzlich Andere der modernen Bildung, heben sie bewusst gegen die Koranschule ab. Die Konfrontation der beiden Welten erscheint gefährlich und schmerzlich: In einer Erzählung von *Cheikh Hamidou Kane* verliert sich der junge Samba Diallo aus dem Land der Diallobé zwischen den Kulturen. Die Schulung nach westlichem Muster, die Bekanntschaft mit dem Christentum sowie der Aufenthalt in Frankreich werden zum «Aventure ambiguë», aus dem es kein Entrinnen mehr gibt. Auch für *Camara Laye* bricht in seiner bereits klassischen Autobiographie «L'Enfant Noir» die neue Zeit mit dem Verlassen der Koranschule an. Nicht wissend, was der Übertritt in die französische Schule bedeutet, vollzieht ihn das Kind sorglos, ohne zu ahnen, dass diese Art Schulung lange Jahre dauern wird und dass es am Ende kein echtes Zurück mehr gibt.

Für die afrikanischen Erzähler ausserhalb des islamischen Kulturkreises führt der Weg zur westlichen Schule oft über die christliche Missionsstation. Die Begegnung mit dem Christentum, das der Okzident seit dem sogenannten

Entdeckungszeitalter nach Afrika exportiert hat, lud seit jeher zur Alphabetisierung ein – man erinnere sich an die Alphabetisierungskampagne, die der Herrscher des Kongoreiches nach der Ankunft der Portugiesen unternahm. Umgekehrt war die Schule, die Verkündigung ergänzend, immer ein wichtiges Feld der christlichen Mission. *Lazare Sanduo*, heute evangelischer Pfarrer in Kamerun, rapportiert auf schlichte und ergreifende Weise in «Une dure vie scolaire» seinen beschwerlichen Weg durch die Primarschule, der seinen Anfang in der Ecole-chapelle des Dorfes nahm. Ein gerade erst zum Katecheten ausgebildeter, junger einheimischer Lehrer unterwies sieben- bis zwanzigjährige Schüler im französischen Alphabet und den ersten Rechenkünsten und leitete sie ausserdem im Flechten von Matten und Taschen sowie in der Feldarbeit an. In der Folge gestaltet sich der eingeschlagene Weg allerdings recht mühselig, und der Schüler erreicht sein Ziel erst nach etwelchen Unterbrüchen und auf Umwegen.

Der engagierte Exilkameruner *Mongo Beti* hebt wieder einen anderen Aspekt hervor: Die westliche Bildung ist nicht als geistiges Abenteuer an sich interessant, auch die Erziehung zum christlich-zivilisierten Menschen ist für ihn nicht genügend Legitimation, wohl aber ist die Alphabetisation von grösstem *politischen* Interesse. In seinem letztes Jahr erschienenen neuen Roman «Remember Ruben» eignen sich die Helden die Lese- und Schreibkunst der weissen Mächtigen nur deshalb an, weil sie politische Emanzipation anstreben. Eine Schule, die den Schüler nicht zur politischen Aufgeweckheit erzieht, lehnt Mongo Beti explizite ab. Der echte Held seines Romans ist denn auch nicht der arrivierte Jean-Louis, der das – unpolitische – Gymnasium besucht; er wird im Gegenteil zum Verräter an der Sache der Unterdrückten. Mor-Zamba und Abéna dagegen, die Revolutionäre wider Willen, verstehen die eigene rudimentäre Alphabetisation als erste Waffe im Kampf gegen das Unrecht des kolonialen Zeitalters.

Im Spiegel der Literatur – und die Beispiele liessen sich beliebig vermehren – erscheint die Schule als Eintritt in eine völlig andere Welt, und ihr Besuch wird zum «Aventure ambiguë» – entfremdet, verfremdet. Kanes Samba Diallo geht daran zugrunde, Lazare Sanduo gerät, als er, nunmehr Christ, beim Begräbnis seiner Mutter mit den traditionellen Bestattungsriten bricht, in Konflikt mit seinen Geschwistern und ist fortan isoliert. Andererseits, so bei Mongo Beti, wird die Schule Mittel zum – politischen – Zweck. Bezeichnenderweise verharren bei Mongo Beti die Marionetten der Kolonialmacht im Analphabetentum, was sie zu leicht lenkbaren, unselbständigen, aber auch lächerlichen Figuren macht. Allen «literarischen» Schülern ist gemeinsam, dass ihre Bestrebungen von Erfolg gekrönt sind. Bei Kane und Laye gelingt der Sprung nach Europa, was allerdings Samba Diallo zum Verhängnis wird: Zwischen die Kulturen geraten, fasst er nirgends mehr Wurzeln. Die Möglichkeit des Sich-Verlierens klingt auch im sonst vorwiegend optimistischen Schluss des Romans «L'Enfant Noir» an. Lazare Sanduos realistischer, nicht eigentlich literarischer Bericht lässt den Leser immerhin ahnen, mit wieviel Mühe, Geduld und auch physischer Anstrengung das Kind aus dem Busch sich seine Bildung erwirbt: Es hungert sich durch Internate, nimmt stun-

denlange Märsche auf sich und bezahlt sein erstes Diplom mit dem Verlust der Stammes-Geborgenheit. Mongo Betis Helden verleben ihre Kindheit und Jugend im Dorf und geraten relativ spät mit den brutalen fremden Mächten in Konflikt. Trotz fortgeschrittenem Alter lernen sie aber mit Leichtigkeit das Notwendige, um den Kampf für echte Freiheit und neue Würde gewappnet antreten und durchstehen zu können.

Afrikanische Probleme der europäischen Schule

Beschwören die zitierten Schriftsteller eine Zeit herauf, in der dem Wissen der Weissen magische Kräfte zu eignen schienen, die ihre Überlegenheit begründen mochten – Symptom für die neue Zeit, die da augenfällig hereingebrochen war –, so hat sich mittlerweile einiges gewandelt: Zwar nach wie vor in Afrika präsent, haben die Kolonialmächte ihre Kolonien in die politische Mündigkeit entlassen, keineswegs aber aus dem dichten Netz der ökonomischen Weltverflechtung. Eines der deutlichsten Anzeichen für die am Tage der Unabhängigkeit manifeste Unterentwicklung bot das Schulungsgefälle: auf der einen Seite einige wenige Auserwählte innerhalb der ökonomisch starken Schicht, die vor allem im Hinblick auf administrative Aufgaben in europäische Schulen geschickt worden und zur Elite auserkoren waren – daneben die breite, nicht alphabetisierte Masse der Bauern. Die von den Kolonialmächten ererbte Schule schien sich als wichtiges Entwicklungsinstrument anzubieten. Es genüge, meinte man, Programm und Daten unter Beibehalt des europäischen Systems, was äquivalente Prüfungen ermöglichte, der eigenen Umgebung anzupassen. Man beschloss, entsprechende Lehrbücher zu schaffen. Die ehemaligen Mutterländer halfen tatkräftig mit und entsandten auch die notwendigen Lehrer. Der Erfolg der Anstrengungen ist denn auch unübersehbar: Der Prozentsatz der schulbesuchenden Kinder und Jugendlichen steigt von Jahr zu Jahr – die von Paris und London ererbte Schule hat sich in Afrika augenscheinlich durchgesetzt. Und trotzdem weicht der ursprüngliche Optimismus wachsender Skepsis.

So beunruhigt etwa die Diskrepanz zwischen Basisrekrutierung und der Zahl der Reifeprüflinge. Schon im Verlauf der Elementarkurse scheidet ein Grossteil der Schüler wieder aus: Von 100 Erstklässlern scheitert die Hälfte bereits in der Unterstufe, und lediglich ein Fünftel absolviert die Primarschule schliesslich erfolgreich. Die Nicht-Promotion ist schon in den ersten Schuljahren so häufig, dass die Primarschul-Selbstkosten für ein Kind im Durchschnitt das Sechsfache des regulär notwendigen Betrages ausmachen. Nur einer schmalen Auswahl gelingt es, eine Mittelschule zu besuchen, und ein wiederum nur geringer Prozentsatz erringt die Abschlussdiplome. Trotz einer immer höheren offiziellen Alphabetisationsquote, trotz überfüllter Schulzimmer also ein äusserst geringes Rendement – trotz offensichtlicher, geradezu euphorisch anmutender Schulwilligkeit erschreckend viele Versager. Im besonderen fragt man sich, warum denn schon die ersten Grundschuljahre misslingen. Was stimmt an der Alphabetisation nicht?

Systembedingte Barrieren

Zweifel melden sich vor allem dann an, wenn – aus rationellen Gründen – die europäische Sprache als Schulsprache beibehalten wurde. Kann man, so fragt man sich, überhaupt von Alphabetisation sprechen, wenn diese in einer fremden Sprache unternommen wird? Wie soll das Kind dem Unterricht sachlich folgen können, wenn der Bezug zur Muttersprache und damit zur eigenen Realität gänzlich und von Anfang an fehlt? Das Kind lernt im Endeffekt bestenfalls nur sterile Wörter, die es sich zwar von der Form, nicht aber von ihrem Inhalt her aneignen kann. Die kindliche Phantasie und die Ansätze zu eigener Überlegung gehen im Kampf um eine rein linguistische Fertigkeit unter. Man lernt *akustisch* und in erster Linie auswendig und verliert schliesslich auch die ursprünglich vorhandene Fähigkeit, das Gelernte in die eigene Muttersprache umzusetzen, wodurch es fremd und künstlich bleibt, Wissen zum Selbstzweck, auf das man leichten Herzens auch verzichten könnte. Man schätzt den Effekt des in der Schule Lernbaren auf höchstens 30% des Angebots, und von diesen 30% kann der Schüler zuhause, in der eigenen Realität, kaum mehr als 1% auch wirklich verwenden. Die reine Memorier- und Nachsprechschule, die sich auf rhythmischen Singsang reduziert, bremst, so zeigt sich, die geistige Entwicklung des Kindes geradezu. Das Resultat ist innere Teilnahmslosigkeit. Schlechte Noten, Nicht-Promotion und keine echte Verbindung zur Schule sind ihr äusseres Ergebnis. Was der Schüler dem Unterricht in der Folge entgegenbringt, ist jenes spezifisch aufs Formale konzentrierte Interesse, das man als Lehrer in einer afrikanischen Mittelschule als geradezu provozierend auffällig empfindet. Man braucht die Schule kaum von ihrem Inhalt her, wohl aber der Punkte und Noten wegen, die schliesslich zu Diplomen führen, welche, so meint man, eine bessere Zukunft garantieren. Kaum ein Kind, das auf die Schule verzichten wollte: Pour mes études je me débrouille comme un lion qui se défend – für die Schule schlage ich mich wie ein Löwe, der sich verteidigt, sagt bereits der Unterstufenschüler, und das Bild des im Schein der Strassenlampe lernenden afrikanischen Schülers ist sprichwörtlich. Arbeitslose Jugendliche bereiten sich – keinen andern Ausweg vor Augen – unter denkbar ungünstigen Bedingungen, ohne Schulbesuch und im Alleingang mit bewundernswerter (wenn auch aussichtsloser) Hartnäckigkeit auf Diplome, in die sie alles setzen, vor. Das Platzangebot der öffentlichen Schulen genügt der Nachfrage keineswegs. Aus dieser «Marktlücke» schlagen zahlreiche qualitativ sehr oft minderwertige Privatschulen im Primar- und Sekundarschulsektor Profit. Während die Söhne und Töchter der Einflussreichen und gleichzeitig Wohlsituierten in den öffentlichen Schulen unterkommen, sind ausgerechnet die Kinder der ökonomisch schwachen Schichten auf die durchwegs teureren privaten Schulen angewiesen. Der Hilfsarbeiter gibt für die Schulung seiner Kinder nicht nur prozentual, sondern auch absolut meist mehr aus als sein in hohen Ämtern stehender Landsmann. Er investiert in seine Kinder, sucht für sie Privatschulen, schickt sie – oft unüberlegt und abenteuerlich – nach Europa oder beschafft sich das Geld für ein teures Internat.

Die afrikanischen Voraussetzungen

Abgesehen vom Aufwand des Staates, kostet der einzelne Primarschüler seinen Versorger pro Jahr (Materialkosten) das Monatssalär eines Arbeiters. Die Selbstkosten des Mittelschülers bewegen sich bereits in der Höhe der Löhne von oberen Angestellten. Die privaten Schulen sind noch teurer, und oft addieren sich zu diesen Summen die Auslagen für ein Internat. Was rechtfertigt diesen Aufwand? Warum investiert man in eine Schulbildung, die vom Inhalt her keinen echten Nutzen bringt, den Schüler im Gegenteil der eigenen Umgebung entfremdet? Ist das nun der Ansatz zur gewünschten Entwicklung? Man investiert, heisst es, der Diplome wegen – retten diese aber vor der Arbeitslosigkeit? Das von Europa importierte, auf die Industriegesellschaft zugeschnittene Schulsystem entspricht den ökonomischen Gegebenheiten der Entwicklungsländer keineswegs. Die Möglichkeiten des lokalen Arbeitsmarktes sind so gering, dass rund die Hälfte der Diplom-Anwärter keine adäquate Beschäftigung erlangen kann. Die Schule, so warnen die Kritiker immer dringlicher, fördere die Arbeitslosigkeit geradezu. Man kann dem Problem mit einer Limitierung der Diplome begegnen. Man tut dies auch – etwa indem man die Prüfungen (oft mit zweifelhaften Mitteln) erschwert und die Zulassung durch schikanös anmutende Reglementierungen einschränkt. Solche Massnahmen bieten jedoch keine echte Lösung, vorab deshalb nicht, weil dem Schüler keine oder zu wenig attraktive Alternativen offenstehen, wie etwa die Möglichkeit, eine qualifizierte Berufslehre zu absolvieren. Der Ausbau solcher Alternativen, die der Entwicklung von Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe zugute kämen, würde keineswegs den Verzicht auf die theoretisch orientierte Schule bedingen. Afrika braucht jedenfalls eigene Wissenschafter, Ärzte, Techniker und administrative Kader, will es endlich zu echter Unabhängigkeit finden. Gleicherweise braucht es aber eine starke, problembewusste, entwicklungsfreudige Grundbevölkerung, die mindestens und primär einer auf *echte* Alphabetisation ausgerichteten Elementarschule bedarf. Nur so wird die Entwicklung von der Basis her möglich – und wo denn sonst sollte sie einsetzen?

Ursula Kägi

DAS WETTRÜSTEN UND DIE ENTSPANNUNG

Zu den Merkwürdigkeiten der neueren Entwicklung im strategischen Bereich, namentlich in den nuklearstrategischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion – nach wie vor den einzigen echten «Supermächten» –, gehört die Tatsache, dass deren nukleare Zerstörungspotentiale erheblich grösser geworden sind, seitdem die beiden Mächte ernsthafte Verhandlungen mit dem Ziel der Begrenzung des Wettrüstens und eben dieser Zerstörungsfähigkeit aufgenommen haben. Ein paar Zahlen mögen das verdeutlichen.

Verhandeln und Aufrüsten

Als die Strategic Arms Limitation Talks (SALT) im November 1969 mit einer

«Erkundungsphase» in Helsinki begannen, verfügte die Sowjetunion über 1190 landgestützte ballistische Interkontinentalraketen (ICBM) bzw. Abschussvorrichtungen für diese Lenkwaffen und 240 Abschussvorrichtungen mit ballistischen Lenkwaffen (SLBM) auf U-Booten. Ihr Bestand an als «strategisch» geltenden, d. h. zum Einsatz gegen das Heimatgebiet der USA geeigneten ballistischen Raketen belief sich also auf 1430 «launchers», während die andere Supermacht die seit 1967 unveränderte Zahl von 1710 ICBM und SLBM (gemeint sind immer die Abschussvorrichtungen, die «launchers») hatte. Nirgends waren einzeln einsetzbare Mehrfachsprengköpfe, Multiple Independently Targetable Re-entry Vehicles, MIRV, operationell. Amerikanische und russische Langstreckenbomber konnten neben Freifall-Fissions-Fusions-Bomben grosser Kaliber Luft-Boden-Flugkörper – sogenannte Cruise Missiles – wie die amerikanische «Hound Dog» in kleiner Zahl einsetzen, d. h. ein einzelner Langstreckenbomber konnte noch nicht eine Vielzahl von Luft-Boden-Lenkwaffen mit Nuklearsprengkopf einsetzen.

Das erste greifbare Ergebnis dieser Verhandlungen bestand – ausser der Verhinderung des Aufbaus umfassender Raketenabwehrsysteme, Ballistic Missile Defense, mit Anti Ballistic Missiles (ABM) und anspruchsvollen Radarsystemen – im Einfrieren der Abschussvorrichtungen für strategische ballistische Raketen (ICBM und SLBM) entsprechend dem damals erreichten Stand, einsatzbereite und im Bau befindliche «launchers», durch ein auf fünf Jahre befristetes Abkommen mit Zusatzprotokoll, die am 26. Mai 1972 in Moskau von Nixon und Breschnew unterzeichnet wurden. Innerhalb von rund zweieinhalb Jahren hatte sich die strategische Stärke der beiden Mächte folgendermassen erhöht: Der Sowjetunion wurden 1618 ICBM-launchers und 740 SLBM-launchers, somit 2358 Abschussvorrichtungen für strategische Lenkwaffen zugebilligt, d. h., nahezu tausend mehr, als diese Macht 1969 besessen hatte, während den USA, die die Zahl ihrer Abschussvorrichtungen nicht erhöht hatten, 1710 zugestanden wurden. Die qualitativen Merkmale wurden indessen nicht erfasst, d. h. insbesondere die Anzahl der mit einer einzelnen Rakete eingesetzten Sprengköpfe. Gerade in dieser Hinsicht war auf amerikanischer Seite eine erhebliche Veränderung eingetreten, indem ab Juni/Juli 1970 Minuteman 3 ICBM mit jeweils drei Wiedereintrittskörpern (Re-entry Bodies) mit einer Ladung von je 170–200 Kilotonnen und ab 1971 Poseidon-SLBM mit jeweils 10 Ladungen von rund 50 Kilotonnen in Dienst genommen worden waren. Als Ergebnis dessen konnten die USA im Sommer 1972 3550 «separate aiming points» mit ihren Lenkwaffen nuklear angreifen, sie hatten 200 Minuteman 3 in Dienst gestellt, mit welchen 600 Sprengköpfe gegen Dutzende von Kilometern auseinanderliegenden Zielen geschossen werden konnten, sowie 160 Poseidon-Raketen, die gleichzeitig 10 Ziele angreifen können. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI fasste diesen Vorgang im März 1972 wie folgt zusammen: Ungeachtet der im Gang befindlichen Verhandlungen habe «das nukleare Wettrüsten zwischen den Supermächten unvermindert angedauert; der schon gewaltige Rhythmus des rüstungstechnischen Fortschritts hat sich weiter erhöht».

Nachdem am 21. Juni 1973 Nixon und Breschnew eine sieben Punkte umfassende Grundsatzerklärung zu Ziel, Gegenstand und Zeitplan der ihren Fortgang nehmenden Verhandlungen (SALT II) unterzeichnet hatten, eine Einigung bei Nixons letztem Moskau-Besuch im Sommer 1974 aber nicht zustande gekommen war – lediglich eine weitere Beschränkung der Raketenabwehr, auf einen statt zwei Stellungskomplexe, wurde vereinbart –, gelang beim Wladiwostoker Treffen zwischen Nixons Nachfolger Ford und dem Generalsekretär der KPdSU am 24. November 1974 das, was offizielle amerikanische Sprecher als «Durchbruch» gefeiert, viele Sachverständige aber scharf kritisiert haben: eine Übereinkunft über die Grundzüge eines in der Folge im einzelnen auszuhandelnden, bis zum 31. Dezember 1985 befristeten Rüstungsbegrenzungs-Vertrages. Für jede der zwei Supermächte würde ein zulässiger Maximalbestand von 2400 «strategic delivery vehicles», die Gesamtzahl von Bombern und Abschussvorrichtungen für strategische Lenkwaffen, gelten, wobei das Verbot der Errichtung zusätzlicher Silos für landgestützte Raketen in Kraft bliebe. Jede Supermacht würde überdies ermächtigt, 1320 strategische Lenkwaffen mit MIRV – deren Zahl nicht weiter begrenzt wird – auszustatten bzw. zu besitzen.

Die USA hatten zu jenem Zeitpunkt rund 2210 Einsatzmittel interkontinentaler Reichweite – Lenkwaffen und Bomber –, also 190 weniger, als ihnen zugebilligt wurde; einsatzbereit waren etwa 880 ballistische Lenkwaffen mit MIRV, geplant waren 1046 (550 Minuteman 3, 496 Poseidon auf 31 U-Booten). Die Sowjets mussten sich aufgrund dieser Abmachung darauf vorbereiten, rund 100 Lenkwaffen oder Flugzeuge zu beseitigen, erhielten aber das Recht, 1320 Lenkwaffen mit MIRV zu versehen, und sie hatten noch keine einzige Lenkwaffe mit MIRV in Dienst gestellt. Mit anderen Worten: Es wurde tatsächlich vorgesehen, die strategischen Rüstungen «einzufrieren», aber auf einem wesentlich höheren Stand als dem damals erreichten, ja, zumindest was die USA betrifft, als dem auch nur geplanten.

Massive sowjetische Aufrüstung

Dieses Hinaufschaukeln der militärischen Stärke der Supermächte im Zeichen – oder unter dem Vorwand – der Rüstungsbegrenzung könnte zum Schluss verleiten, jene die einseitige Abrüstung, mindestens weitgehende Konzessionen des Westens propagierenden namentlich deutschen «Friedensforscher» hätten recht, die zu beweisen gesucht haben, das Wettrüsten sei durch «innere» Faktoren, insbesondere den Druck eines militärisch-industriellen Komplexes bedingt und keineswegs durch die Massnahmen der anderen Macht, durch die «Bedrohung» oder auch nur die eigene Wahrnehmung derselben. Doch dieser Schluss wäre falsch. Denn gewiss gibt es einen Lobbyismus der Rüstungsindustrie, vor allem der Luft- und Raumfahrtindustrie. Erstens ist er aber kein Merkmal des «Kapitalismus», hat die Sowjetunion doch – wie noch zu zeigen sein wird – im Verlauf der letzten zehn Jahre buchstäblich kolossale Anstrengungen auf dem Gebiet der Rüstung unternommen. Zweitens sinken die budgetierten Militärausgaben der USA – trotz des Übergangs zur naturgemäss

wesentlich kostspieligeren Berufsarmee – seit Jahren, was sich in einem sinkenden Anteil am Bruttosozialprodukt, am Bundesbudget und den Staatsausgaben überhaupt sowie in bei Ausschaltung der durch die Inflation bewirkten nominellen Aufblähung der absoluten Beträge auch *absolut* geringeren Ausgaben äussert.

Amerikanische Militärausgaben in Prozenten des

	1964[1]	*1968*	*1973*	*1974*	*1975*
Bruttosozialproduktes	8,3	9,4	6,0	5,9	5,9
Bundesbudgets	41,8	42,5	29,0	27,9	27,2
Ausgaben der öffentlichen Hand	28,1	29,2	18,5	17,8	17,1

[1] Fiskaljahr, 1. Juli des Vorjahres bis 30. Juni des jeweiligen Jahres. (Quelle: Report of the Secretary of Defense James R. Schlesinger to the Congress on the FY 1975 Defense Budget ..., March 4, 1974.)

Und schliesslich kann nicht geleugnet werden, dass sich die USA während des zurückliegenden Dezenniums hinsichtlich des Ausbaus ihres strategischen Instruments im Vergleich zur Sowjetunion Zurückhaltung auferlegt haben.

Einsatzbereite Abschussvorrichtungen von strategischen Raketen

(in Silos und auf U-Booten)

	1965	*1971*	*Mitte 1975*
USA	1398	1710	1710
Sowjetunion	331	2020	2291

(Quellen: Bericht des US-Präsidenten über die Aussenpolitik, 9. Februar 1972, «A comparison of US, USSR and PRC Strategic Forces by General George S. Brown, Chairman, Joint Chiefs of Staff», 1975.)

Mit dieser Versiebenfachung des sowjetischen Bestandes an Abschussvorrichtungen für strategische Raketen gingen bedeutsame qualitative Anstrengungen einher, für die die folgenden Beispiele stehen mögen: Indienstnahme ab 1969 von nuklear angetriebenen U-Booten des Y-Typs mit jeweils 16 Raketen SS-N-6 (bilden heute die Masse der sowjetischen U-Boot-Raketen; U-Boote und Raketen sind allerdings den amerikanischen Polaris A-3 und insbesondere Poseidon in mehrfacher Hinsicht unterlegen); Bereitstellung ab 1972 von U-Boot-Raketen SS-N-8 mit einer Reichweite von 7600 Kilometern gegenüber 4600 bei der modernsten amerikanischen U-Boot-Rakete, der Poseidon; Erprobung dreier neuer Lenkwaffenmodelle mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV), nämlich SS-17 mit 4 Sprengköpfen, SS-18 mit bis zu 8 Sprengköpfen und SS-19 mit 6 Sprengköpfen (SS-17 und SS-18 [Mod. 2] sind nunmehr operationell); Bereitstellung der ersten Exemplare eines mit dem amerikanischen FB-111 A vergleichbaren Bombers mit variabler Geometrie, der von den USA «Backfire» getauften Maschine, die bei Luftbetankung für Einsätze gegen die USA selbst in Frage käme.

Diese enormen und schwerlich durch Furcht vor den USA erklärbaren Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion auf der nuklearen Ebene sind einer der Gründe für das Ansteigen der sowjetischen Militärausgaben in den letzten Jahren und dafür, dass diese Ausgaben die amerikanischen deutlich überflügelt haben. Eine umfangreiche Untersuchung der «Arms Control and Disarma-

ment Agency», der staatlichen Abrüstungsbehörde der USA, «World Military Expenditures and Arms Trade, 1963–1973», vermittelt folgendes Bild der Entwicklung der Militärausgaben in den beiden Ländern:

Geschätzte Militärausgaben in konstanten Dollars 1973

	USA	*Sowjetunion*
1969	92,8 Milliarden	73 Milliarden
1970	84,1 »	75 »
1971	77,3 »	76 »
1972	77,6 »	81 »
1973	74,2 »	81 »

(Gemäss Armed Forces Journal, März 1975.)

Strategische Stabilität hält an

Welches sind nun die strategischen Konsequenzen der hier erläuterten Wandlungen im Kräfteverhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion? Wie ist es in diesem Licht um die Chancen der auf eine Drosselung des Rüstungswettlaufes zwischen den Supermächten hinzielenden Verhandlungen bestellt? Was bedeutet all das für die Sicherheit Europas, die in erheblichem Masse von den strategischen Möglichkeiten der USA abhängt?

Um antworten zu können, ist ein Blick auf die strategische Theorie unumgänglich. Im Mittelpunkt dieser Theorie steht die Erkenntnis, wonach – um mit General André Beaufre zu sprechen – die Fähigkeit zum zweiten Schlag oder Gegenschlag den Schlüssel der atomaren Abschreckung bildet, während die Fähigkeit zur Abschwächung des gegnerischen Gegenschlages den Schlüssel der atomaren Initiative oder Handlungsfreiheit bildet. Die USA haben, richtig besehen, immer eine solche Zweitschlagfähigkeit gegenüber der Sowjetunion gehabt – in den fünfziger Jahren dank ihrem enormen zahlenmässigen Vorsprung bei den Bombern, später dank ihrem unter dem Eindruck einer angeblichen «Raketenlücke» durchgeführten Crash-program zur Beschaffung von 1000 Minuteman-ICBM und 656 Polaris-SLBM. Auch die Sowjets hatten von den frühen sechziger Jahren an eine ausreichende Zweitschlagfähigkeit, dies trotz ihrer manifesten Unterlegenheit, aber weil eine offene, hochzivilisierte Gesellschaft wie die USA wohl weniger Verluste psychologisch verkraften kann als eine rigoros geführte Diktatur und weil die USA überdies wegen ihrer Siedlungsstruktur verwundbarer sind als die Sowjetunion (1970 ein Viertel der Bevölkerung in den 10 grössten Agglomerationen). Die Geschichte des Raketenzeitalters lehrt, dass eine glaubwürdige Erstschlagfähigkeit im Verhältnis zwischen den Supermächten sehr schwer, wenn überhaupt, zu erreichen ist. Die Furcht davor hat dennoch entscheidend dazu beigetragen, das Wettrüsten in Gang zu halten. Es kann nicht überraschen, dass mit dem Schwinden des amerikanischen Vorsprungs, dem Entstehen einer Situation nuklearstrategischer Parität zwischen den Supermächten und einem sich nunmehr herausbildenden sowjetischen Übergewicht in bestimmten Bereichen das Gespenst der «first-strike capability» neu umgeht. Besteht diese Gefahr wirklich? Am 4. März 1974 hat sich Verteidigungsminister Schlesinger wie folgt geäussert: «Weder die Vereinigten Staaten noch die Sowjetunion verfügen jetzt über eine die Entwaffnung des anderen ermöglichende Erstschlagfähigkeit,

noch sind sie irgendwie in der Lage, eine derartige Fähigkeit in der absehbaren Zukunft zu erlangen, da jede Seite offensive strategische Systeme in grosser Zahl besitzt, die die andere Seite nicht treffen kann.»

Die ernstzunehmenden Skeptiker denken aber wohl nicht an eine eigentliche sowjetische Erstschlagfähigkeit, sondern einerseits an eine partielle «counter-force capability» und anderseits an die politischen Folgen eines Kräfteverhältnisses, das als sowjetische Überlegenheit empfunden würde. Machen sich die Sowjets die überlegene Nutzlast der Mehrheit ihrer ICBM zunutze, um eine grosse Zahl von MIRV bereitzustellen, so könnte, um mit Schlesingers Bericht vom 5. Februar 1975 zu sprechen, dies «die Überlebensfähigkeit unserer verbunkerten ICBM-Streitmacht gefährden». Dann, so wird argumentiert, könnten die Sowjets die USA in bestimmten Konfliktssituationen erpressen, indem sie drohen würden, die amerikanischen ICBM zu zerstören. Da die USA das nicht könnten, bliebe ihnen nur noch übrig, mit dem Gegenschlag gegen russische Städte zu drohen. Das aber wäre, so die Kritiker, nicht glaubwürdig, weil die Sowjets immer noch enorme unverwundbare Mittel – namentlich ihre Raketen-U-Boot-Flotte – in Reserve hielten, mit welchen den USA unerträgliche Verluste zugefügt werden könnten.

Gegen dieses Szenario sprechen verschiedene Überlegungen. Einmal sind die amerikanischen Mittel, die nach diesem hypothetischen ersten Schlag der Sowjets gegen die ICBM einsatzfähig blieben, so bedeutend, dass die USA auch nach einem «massvollen» Vergeltungsschlag gegen sowjetische Städte immer noch Zweitschlagmittel in Reserve halten könnten: 20 Poseidon-U-Boote können 320 Lenkwaffen mit total 3200 Sprengköpfen gegen Ziele in einer Entfernung von über 4000 km einsetzen; 100 B-52-Bomber können neben Bomben Hunderte von Luft-Boden-Lenkwaffen SRAM mit Nuklearsprengköpfen einsetzen; die Forward Based Systems (FBS) – Flugzeuge in Europa und im Mittelmeer – können Randgebiete der Sowjetunion nuklear treffen. Und es gibt 200 Städte in der Sowjetunion mit mehr als 100000 Einwohnern, insgesamt 50 Millionen Einwohner. Dass es einen auswertbaren Vorteil bedeutet, selbst 100 Millionen Menschen töten zu können, während der Gegner «nur» 50 Millionen töten kann, müsste noch bewiesen werden.

Dazu kommt, dass die USA gerade im Hinblick darauf 1974 ein zum Teil neues Zielplanungskonzept verkündet haben, welches dadurch gekennzeichnet ist, dass sie sich darauf vorbereiten, auf sowjetische Drohungen oder Aktionen selektiv zu reagieren. Greifen die Sowjets z. B. ICBM-Silos in den USA an, so behalten sich diese ausdrücklich vor, Gleiches mit Gleichem oder Ähnlichem zu vergelten, also sowjetische Waffenstellungen, Fliegerstützpunkte oder andere militärische Einrichtungen zu bekämpfen. Die bereits grosse Zielgenauigkeit der Minuteman 3, die weiter verbessert wird, soll sie dazu ebensosehr befähigen wie die Verbesserung der «retargeting capability» – Zuweisung eines neuen Zieles innerhalb von 36 Minuten statt bisher 16 bis 24 Stunden (so Michael Nacht in Survival, Mai/Juni 1975) – und die vor dem Abschluss stehende Erhöhung des passiven Schutzes der Silos. Endlich dürfen die ausserordentlich grossen Schwierig-

keiten nicht übersehen werden, die die Sowjets überwinden müssten, um gewissermassen auf einen Schlag – selbst wenn sie dereinst über genügend zielgenaue Sprengköpfe verfügen – 1054 amerikanische Raketen in ihren Silos zu zertrümmern. Es geht namentlich um die sogenannten selbstmörderischen Effekte – fratricide effects – gleichzeitig oder kurz nacheinander detonierender Sprengköpfe beispielsweise durch EMP, elektromagnetischen Puls.

Prüfstein der Entspannung

Die amerikanische Zweitschlagfähigkeit und auch die Reaktionsfähigkeit auf begrenzte Angriffe erscheinen somit als jedenfalls in den siebziger Jahren nicht gefährdet. Begründeter sind demgegenüber die Argumente der Kritiker, die die psychologisch-politischen Aspekte eines sowjetischen Übergewichts betreffen. Schlesinger selbst hat 1974 darauf hingewiesen: «Unter solchen Umständen können wir die Möglichkeit nicht ausschliessen, dass sich künftige sowjetische Führer dazu verleiten lassen könnten, zu glauben, derartige, für sie günstige Asymmetrien könnten mindestens zur Erlangung diplomatischer Vorteile ausgenutzt werden. Druck, Konfrontation und Krise könnten sich leicht aus einer Fehlbeurteilung dieser Art ergeben.»

Könnte die nuklearstrategische Ebene isoliert betrachtet werden oder wiesen die Sowjets bei den konventionellen Kräften nicht eine so ausgeprägte Überlegenheit auf, so käme diesem Aspekt nicht die gleiche Bedeutung zu. Unter den gegebenen Bedingungen – Interdependenz der strategischen Ebenen und sowjetisches Übergewicht auf der konventionellen bei wachsendem Gewicht auf der nuklearen – kann die Relevanz dieses Aspektes indessen nicht geleugnet werden.

Das Ausbleiben eines die Grundsätze, auf die man sich in Wladiwostok geeinigt hat, konkretisierenden Vertrages bis Ende 1975 und die Wladiwostoker Vereinbarung selbst sind mittelfristig weniger militärstrategisch als im Hinblick auf die Entspannung bedeutsam, von der in den letzten Jahren im Westen mit einer für den Zeitgeist bezeichnenden Gedankenlosigkeit bis zum Überdruss gesprochen worden ist. Der Amerikaner Gerald Steibel hat zur Bedeutung der Rüstungsbegrenzung für die Entspannung folgendes geäussert: «Die Rüstungsbeschränkung ist der Kern der sowjetisch-amerikanischen Entspannung der siebziger Jahre, der Faktor, bei dem es auf Biegen oder Brechen geht und der vor jedem anderen Verhandlungsbereich Vorrang hat. Die Entspannung kann eine Vielfalt von Vereinbarungen über Handel, Wissenschaft, Gesundheit und Kulturaustausch versprechen; aber ihre Lebensfähigkeit als Ganzes hängt davon ab, dass das tödliche, kostspielige Wettrüsten, das die beiden Länder überhaupt erst an den Verhandlungstisch gebracht hat, eingeschränkt oder rückgängig gemacht wird» (Die amerikanisch-sowjetische Entspannungspolitik, Verheissungen und Gefahren, in Beiträge zur Konfliktforschung, 4/1975, Köln). In diesem Lichte und angesichts der vorstehenden Analyse ist der Schluss unausweichlich, es sei mit eben dieser «Lebensfähigkeit» der Entspannung nicht weit her. Denn eine echte Rüstungsbegrenzung hat Wladiwostok nicht gebracht, und dass den Sowjets selbst die ihnen gemachten sehr erheblichen

Konzessionen nicht genügen, scheint ihr Verhalten bei den Verhandlungen anzuzeigen, die noch 1975 zu einem Vertrag hätten führen sollen. Es ist denn auch an der Zeit, mit den Entspannungsillusionen aufzuräumen.

Dominique Brunner

EIN WORT ZUR MILITÄRPOLITIK

Das von Bundesrat Gnägi kürzlich der Presse vorgestellte «*Leitbild für die Armee in den achtziger Jahren*» hat bis jetzt in der Öffentlichkeit keine grossen Wellen geschlagen. Es beruht auf einer realistischen Beurteilung der Weltlage, die weder einen Abbau unserer militärischen Bereitschaft, noch gar Abstriche am Militärbudget erlaubt. Damit unsere Landesverteidigung weiterhin glaubwürdig bleibt, ist unter Beibehaltung der Konzeption 1966 eine Verstärkung unseres Infanterieheeres durch Panzer und Panzerabwehr und der Luftwaffe, einschliesslich der Fliegerabwehr, eine dringende Notwendigkeit. Die Verwirklichung eines solchen Programmes verlangt eine vorausschauende, sich praktisch auf ein Jahrzehnt erstreckende Budgetierung, weil nichts so sehr wie Unsicherheit in den zur Verfügung stehenden Mitteln die militärische Planung erschwert.

Schon jetzt zeichnet sich aber in den Kommentaren über den «Wahlsieg» der Sozialdemokraten auch ab, dass die SPS die Gelegenheit dazu benützen will, um dem «Wahlauftrag» zu politischen Veränderungen auch im Armeebereich Nachachtung zu verschaffen. Was damit gemeint ist, hat Parteipräsident (und seit der Mirageaffäre Militärexperte der Partei) Helmut Hubacher in der «Schweizer Illustrierten» noch vor Aufnahme der Verhandlungen über die Legislaturziele mit schonungsloser Offenheit dargelegt. Dort wurde als wichtige Zugabe zu den im *Leitbild der SPS* schon vor den Wahlen aufgestellten *Demokratisierungspostulaten* in aller Form der Anspruch auf eine Vertretung in der Armeeleitung und in den hohen Kommandostellen angemeldet. Das heisst nichts anderes, als dass der *politische Proporz* nicht nur für die Bundesverwaltung, für SBB und PTT, sondern neuerdings auch für die Armee Geltung haben soll.

Man wird sich also darauf gefasst machen müssen, dass unsere Militärpolitik in Bewegung gerät und dass es vor allem darum geht, die Zustimmung zu den Militärausgaben nicht mit Konzessionen in der Demokratisierungsfrage und der Anwendung des Proporzes bei der Besetzung von Kommandostellen zu erkaufen. Denn auch hier, wie bei Bewaffnung, Hierarchie und Disziplin, steht die Glaubwürdigkeit der Armee auf dem Spiel.

Das Leitbild der Armee der achtziger Jahre wurde inzwischen auch in der TV-Sendung «Tatsachen und Meinungen» behandelt. Am Gespräch nahmen neben einem Vertreter der Generalstabsabteilung und NZZ-Redaktor E. A. Kägi auch Nationalrat Helmut Hubacher teil, der damit erneut seine Akrobatik als Militärexperte der SP beweisen konnte. Schade, dass die Gelegenheit verpasst wurde zu einer Klärung der bedrängenden Frage, wie sich die SP zu den

Soldatenkomitees stellt und wo sie die Grenze für die *Mitbestimmung im Dienstbetrieb*, bei der *Qualifikation* und bei den *Beförderungsvorschlägen* ziehen will. So konnte Hubacher seine Rolle als Befürworter einer Armee spielen, in der Disziplin und Hierarchie nach wie vor den vollen Kurswert behalten. Ja, er unterstrich seine Loyalität dadurch, dass er das im Verhältnis zu den Militärausgaben viel stärkere Ansteigen der Sozialausgaben im Bundeshaushalt ohne weiteres zugab, es aber merkwürdigerweise dem Militärsachverständigen der NZZ überliess, auf das Phänomen hinzuweisen, dass einzig für die Armee seit Jahren das Prinzip des Teuerungsausgleiches keine Geltung zu beanspruchen scheint. Vertauschte Rollen also, um im Gespräch über das neue Leitbild der Armee vordergründig eine im Hinblick auf die Demokratisierungs- und Verpolitisierungspostulate doch überraschende Einigkeit zu demonstrieren?

Fritz Wanner

Wie immer es jedoch um die physikalischen Wissenschaften oder die Musik, Malerei und Architektur bestellt sein mag, es ist keine Frage, dass die Literatur zum Untergang verurteilt ist, wo es keine Gedankenfreiheit mehr gibt. Nicht nur, dass sie in jedem Land abstirbt, das eine solche Verfassung hat – jeder Schriftsteller, der eine totalitäre Ideologie unterstützt, der für Verfolgungen und die Verfälschung der Wirklichkeit Entschuldigungen findet, vernichtet sich selbst. Einen Ausweg gibt es da nicht. Keine Tiraden gegen Individualismus und den elfenbeinernen Turm, keine scheinheiligen Plattheiten, dass «wahre Individualität nur durch Aufgehen in der Gemeinschaft zu erreichen ist» können darüber hinwegtäuschen, dass ein gekaufter Geist ein zerstörter Geist ist. Wo kein Platz mehr für spontane Ideen ist, wird literarisches Schaffen zur Unmöglichkeit, ja die Sprache selbst verdorrt. Einmal, in Zukunft, wenn der menschliche Geist zu etwas völlig anderem geworden ist, als wir bisher darunter verstanden haben, wird man vielleicht lernen, literarisches Schaffen und geistige Wahrheit voneinander zu trennen. Heute wissen wir nur, dass die Phantasie sich wie bestimmte Tierarten in der Gefangenschaft nicht fortpflanzt.

George Orwell, «Zur Verhinderung von Literatur», Januar 1946,

in: «Rache ist sauer», Ausgewählte Essays II, aus dem Englischen von Felix Gasbarra, Diogenes-Verlag, Zürich 1975.